

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Tel. 031 312 66 60
info@doppelreferendum.ch



2xNEINNEWSLETTER #8 (10.8.2006)

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten

Wieder ist Donnerstag und wieder erhaltet ihr einen neuen Newsletter mit aktuellen Informationen zu den Abstimmungen gegen das Ausländer- und das Asylgesetz.

Highlights

Diese Woche bringt auch der Newsletter folgende Rubriken:

- **Zuschriften**
- **Materialien**
- **Zitate der Woche**
- **Veranstaltungshinweise**

Die heisse Phase beginnt! Inzwischen sind wohl die letzten aus den wohlverdienten Sommerferien heimgekehrt – und der Abstimmungskampf tritt in seine heisse Phase. Die Abstimmungsmaterialien liegen vor:

- Der Abstimmungsflyer wurde gemäss Bestellungen zugestellt
- Die Plakate habt ihr zu Beginn dieser Woche erhalten
- Die Kleber sind im Druck und kommen diese Woche
- Inseratevorlagen sind erarbeitet und können per Mail bestellt werden
- Die extra-WoZ kommt ebenfalls diese Woche (siehe hinten)
- Zwei Blachen liegen bereit für den Einsatz (siehe hinten)

Nun muss es darum gehen, diese Materialien möglichst breit zu streuen und überall einzusetzen. Kein Versand ohne diese Beilage, kein Anlass ohne dieses Material! Gerne beliefern wir euch mit zusätzlichem Material. Mail oder Anruf genügen!

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

**Grüne Schweiz, Solidarité sans Frontières SosF, FIMM Schweiz, Gewerkschaft Unia
Comité romand 2 x NON (comités unitaires de FR, GE, JU, JU bernois, NE, VS et VD)**

Unterstützt von: AL-PdA-JAI, Amnesty International, Asylbrücke Zug, ATTAC, AvenirSocial, CEDRI, cfd Christlicher Friedensdienst, Christlich-Soziale Partei der Schweiz CSP, comedia – Die Mediengewerkschaft, Demokratische JuristInnen der Schweiz DJS, Europäisches Bürgerforum, Evangelische Volkspartei EVP, Föderation der demokratischen ArbeiterInnen-Vereine DIDF, Föderation kurdischer Kulturvereine FEKAR, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit PdA, Schweiz. ArbeiterInnen-Hilfswerk SAH, Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs SIT, Travail.Suisse, Verband Personal öffentlicher Dienste VPOD

www.doppelreferendum.ch / www.double-non.ch / www.leggestranieri-no.ch

Zuschriften

Gutmenschen sind Klugmenschen! Von Barbara Affolter, Regionalkomitee Biel.
Sie stimmen am 24. September 2x Nein zu den Revisionen von Asyl- und Ausländergesetz. Denn sie wissen, dass wir auch in der Zukunft auf die ausländische Bevölkerung angewiesen sein werden und es deshalb im Interesse jeder Schweizerin und jedes Schweizers liegt, sie gut zu integrieren, damit sie sich als Teil unserer Gesellschaft fühlen. Wir wollen keine Menschen zweiter Klasse schaffen und Leute in die Illegalität und Kriminalität schicken.

Diese Gesetze sind das falsche Signal und sind demographisch unklug: wir können keine Gesetze machen gegen Missbrauch und damit die ganze Ausländergemeinschaft stigmatisieren, auf die wir in der Zukunft in unserer Gesellschaft angewiesen sein werden.

Wir brauchen keine „Missbrauchsgesetze“, die alle MigrantInnen und alle Flüchtlinge gleichermassen bestrafen werden.

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie von Staates wegen Diskriminierungen Vorschub geleistet wird, welche sich äusserst schädlich auf unsere Gesellschaft auswirken werden.

Wenn diese Gesetze angenommen werden, wird sich das Gesicht der Schweiz verändern. Statt gegenseitiger Hilfe werden Menschen, die sich hilflosen Abgewiesenen annehmen, bespitzelt und bestraft. Die Schweiz wäre nicht mehr das Land, das wir kennen und lieben.

Diese Gesetze überschreiten die Schmerzgrenze: Kein Rückschritt in die Zeit des zweiten Weltkrieges!

Die Schweizer Bevölkerung hat gerade in Hinblick auf die Zukunft grösstes Interesse, MigrantInnen gut aufzunehmen und zu integrieren, damit sie sich konstruktiv als Teil unserer Gesellschaft begreifen.

Materialien

Blache für Konzerte und Grossanlässe: Das Komitee 2x NEIN hat zwei grosse Blachen produziert, die für Grossanlässe gegen Unkostenbeitrag (40 Franken pro Tag) zur Verfügung gestellt werden. Die Blachen messen 5 Meter x 1.3 Meter:



Sonderbeilage der WOZ zum Asyl- und Ausländergesetz: Alles, was man wissen muss, um die beiden Vorlagen zu bodigen. Wer immer sich engagieren möchte, kann die Beilage bei der WOZ bestellen, um sie FreundInnen, Verwandten oder PendlerInnen mitzugeben. Die Sonderbeilage erscheint am 17. August. Sie kann schon jetzt bestellt werden unter woz@woz.ch (bitte mit betreff «beilage») oder telefonische unter 044 448 14 14.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



SGB-Flugblatt (kann unter info@sgb.ch bestellt werden)

**Nur für Schweizer
und EU-Bürger**

2xNein

**Weil wir bei uns
keine Apartheid wollen.**

Totalrevision des Ausländergesetzes
und Revision des Asylgesetzes:

Auch Aussenministerin Micheline Calmy-Rey kritisiert die geplanten Verschärfungen im Ausländer- und im Asylgesetz scharf: «Es geht um die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Wir sind doch das Land der Menschenrechte!». Sie hofft, dass das Volk NEIN stimmt: «Ich vertraue auf die sprichwörtliche Weisheit der Schweizerinnen und Schweizer.» (Blick-Interview vom 2. Juni 2008)

**Damit wir uns nicht
wieder schämen müssen.**

SGB USS
Eine Information der
Schweizer Gewerkschaften
www.sgb.ch

Engagiertes SAH-Personal: Das Schweizerische ArbeiterInnen-Hilfswerks SAH platziert untenstehende Abstimmungsinserte in div. Zeitungen: work, SP Links, Le Courrier, eine Zeitung im Tessin, WOZ und hoffentlich auf div. Websites... Das SAH-Personal bezahlt die Inserate selber! Danke für dieses solidarische Engagement.

 Schweizerisches Arbeiterhilfswerk **SAH**
Œuvre suisse d'entraide ouvrière **OSEO**
Soccorso operaio svizzero **SOS**

Das SAH-Personal stellt sich klar gegen die Vorlagen zu Asyl- und Ausländergesetz

KEIN MENSCH IST ILLEGAL

**STOPP der Aushöhlung
von Asyl- und Ausländerrecht!
24. September: 2xNEIN!**

Die Mitarbeitenden des SAH
(elf Vereine in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz)
rufen die Bevölkerung auf, die Verschärfungen im Asyl- und Ausländergesetz abzulehnen.

Das revidierte Asylgesetz bringt Menschen in grösste Not und weist Verfolgte an der Grenze ab.
Mit den Verschärfungen im Ausländerrecht werden Familien auseinandergerissen
und MigrantInnen aufgrund ihrer Herkunft ausserhalb der EU benachteiligt.

Das SAH kennt eine lange und konsequente Tradition der politischen Unterstützung
von Flüchtlingen und MigrantInnen.
Deshalb sagen wir, die Mitarbeitenden des SAH, **am 24. September 2xNEIN!**

Dieses Inserat wird aus dem SAH-Personalsollfonds finanziert, welcher ausschliesslich von den Mitarbeitenden des SAH getragen wird.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz
Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



Feministisches Argumentarium zur Abstimmung vom 24. September 06

Ausgehend von einer Grundhaltung, die gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion fordert, kritisieren wir die beiden Gesetzesvorlagen grundsätzlich,

- weil sie Migration als ein von der Normalität abweichendes Verhalten darstellen, statt sie als alltägliche Realität anzuerkennen
- weil sie ein negatives Bild von Migrantinnen und Migranten zeichnen und ein stereotypes Denken über deren Lebensziele und Lebensrealitäten fördern
- weil sie Migrantinnen und Migranten von vornherein unter Verdacht stellen, das Gastland missbrauchen und dessen Gesetze übertreten zu wollen
- weil sie die Zusammenhänge zwischen weltwirtschaftlicher Entwicklung und Migration ausblenden.

kritisieren wir die beiden Gesetzesvorlagen im Speziellen,

- weil sie die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern zementieren und Frauen in ihren traditionellen Rollen als Opfer, Dienende und Abhängige festnageln. Den Frauen steht weiterhin kein zivilstandsunabhängiges Aufenthaltsrecht zu (AuG Art. 50)
- weil sie vor allem die Interessen von Besitz ergreifenden Ehemännern und von Zuhältern bedienen und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse erleichtern. Das Fehlen eines eigenen Aufenthaltsrechtes (AuG Art. 50), die Pflicht zum Zusammenwohnen (AuG Art. 42/ Art. 43/ Art. 44/ Art. 45) sowie die Beschränkung der legalen Erwerbsmöglichkeiten auf das Sexgewerbe machen die Frauen ausbeutbar.
- weil sie Menschen, die sich für Unterdrückte und Verfolgte einsetzen, kriminalisieren. Die Zwangsmassnahmen sehen vor, dass alle Menschen, welche AusländerInnen mit nicht geregeltem Aufenthalt Unterstützung und Schutz gewähren, dafür mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft werden können (Art. 116 AuG). Damit sind alle, die sich für Asylsuchende und Sans-papiers engagieren, bedroht. Häufig sind dies Frauen!
- weil sie das Instrumentarium staatlicher Repression vervielfältigen und den Kreis derer, die davon betroffen sind, noch mehr ausweiten. Die ganzen Verschärfungen der Zwangsmassnahmen mit dem oben erwähnten Artikel 116 zielen in diese Richtung.
- weil sie kollektive und individuelle Willkür fördern und Behörden fast unbeschränkte Macht geben. Fehlende Rechtsansprüche bei der Erteilung der Niederlassungsbewilligung (Art. 34 AuG) und beim Familiennachzug (Art. 44 und 45 AuG) geben Behörden einen problematischen Interpretationsspielraum. Das Gleiche gilt beim – ohnehin fragwürdigen - Bemessen des Grades der Integration (Art. 23./ Art. 34./ Art. 54 AuG).
- weil sie Bspitzelung und soziale Kontrolle fördern. Zivilstandsbeamte können neu sogar auch bei Drittpersonen Auskünfte über Heiratwillige einholen (ZGB Art. 97a)
- weil sie Menschen in besonderen Lebenssituationen, zum Beispiel Schwangere, Mütter, Ältere und Kinder durch die soziale Ausgrenzung doppelt hart treffen. Der Ausschluss aus der Sozialhilfe wird auf alle abgewiesenen Asylsuchenden angewendet, ohne jede Rücksicht darauf, ob sie sich in besonders prekären Situationen befinden (AsylG Art. 82)
- weil sie Frauen noch stärker als Männer von einer rechtmässigen Zuwanderung ausschliessen und sie in die Illegalität abdrängen. Die Beschränkung der Zulassung auf Führungskräfte, SpezialistInnen und andere qualifizierte Arbeitskräfte (Art. 23 AuG) benachteiligt Frauen beim legalen Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt.
- weil sie das Risiko sexueller Ausbeutung erhöhen. Je geringer die Chancen auf eine Integration und je grösser der soziale Ausschluss sind, desto grösser ist das Risiko, ein Auskommen im Sexgewerbe suchen zu müssen.

kritisieren wir die rund um die Gesetze geführte Debatte,

- weil sie einem fortschreitenden Abbau von Grundrechten Vorschub leistet und eine wachsende Zahl sozialer Gruppen aus der Gesellschaft ausgrenzt. Der „Missbrauchs-

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



vorwurf“ trifft längst nicht nur Migrantinnen, sondern in zunehmendem Masse auch Arbeitslose, IV-BezügerInnen, RentnerInnen, Sozialhilfe-BezügerInnen – wer ist als nächstes dran?

- weil sie Themen wie Zwangsehe, geschlechtsspezifische Verfolgung oder Gewalt gegen Frauen instrumentalisiert, während gleichzeitig Menschen- und Frauenrechte abgebaut werden. Gerade die politischen Kreise, die Gleichstellungsmassnahmen seit Jahren konsequent bekämpfen, machen sich plötzlich angeblich Sorgen um die Rechte der Migrantinnen.
- weil sie Integration mit einer Bevormundung von MigrantInnen in allen Lebensbereichen verwechselt.

Erarbeitet durch eine ad-hoc-Arbeitsgruppe von cfd und Frauenrat für Aussenpolitik
Text verfasst von Cécile Bühlmann, cfd, und Stella Jegher, Frauenrat für Aussenpolitik

SFH-Kampagnenmaterial gegen das Asylgesetz

Folgendes Kampagnenmaterial liegt versandfertig bereit:

- Sonderausgabe Fluchtpunkt
- Poster Format A3 „Nein zum unmenschlichen Asylgesetz“
- Insetatevorlagen

Eine detailliertere Beschreibung der oben aufgeführten Materialien sowie den Download der Sonderausgabe Fluchtpunkt und des gemeinsamen Kampagnenflyers finden Sie auf der [Homepage](#) der SFH. Eine Bestellliste und weitere Informationen sind erhältlich bei Andreas Christen, Tel.: ++41 (0)31 370 75 75, andreas.christen@osar.ch

Zitate der Woche

3.8.2006 Mittelland-Zeitung:

«Es ist keine Heldentat»

Rütli Was Markus Rauh zur Asylgesetzrevision sagte

« Eine grosse Entscheidung, die unmittelbar mit unserem Gesellschaftsverständnis

und unseren humanitären Werten zu tun hat, liegt vor uns. Wie gehen wir mit Ausländern, Asylsuchenden und Abgewiesenen um? Die etwa 2000 Abgewiesenen müssen unser Land verlassen. Das ist richtig und entspricht unsern Gesetzen. Aber sie können das in der Regel nicht. Niemand nimmt sie auf, weil sie weder Papiere noch Geld haben. Sie sind traumatisiert und verängstigt, sie leben in unserer Gemeinschaft am untersten Ende – aber, ob wir es

wollen oder nicht, es sind auch Menschen. Und ausgerechnet diese schutzlose Gruppe soll nun nach dem Willen der Regierung und des Parlamentes mit unmenschlichen Zwangsmassnahmen physisch und psychisch eliminiert werden.

Es ist keine Heldentat, auf die Schwächsten loszugehen und dabei unsere Bundesverfassung zu verletzen, menschenrechtswidrig zu handeln, von uns mitgestaltete und ratifizierte internationale Konventionen nicht einzuhalten – und erst noch Mehrkosten und mehr Kriminalität zu verursachen. Dieser Angriff auf eine nicht orga-

nisierte kleinste Minderheit ist ein Angriff auf unsere Demokratie und ein Bruch mit unseren humanitären Werten.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass es Missbräuche gibt, die sind aber materiell so unbedeutend, dass niemand dadurch zu Schaden kommt. Missbrauch darf nicht mit staatlicher Willkür bekämpft werden.

Deshalb hoffe ich, dass alle, die wir darüber am 24. September abstimmen, uns bewusst sind, dass nach Dürrenmatt die Gerechtigkeit auf einer Etage wohnt, zu der Polizei und Justiz keinen Zugang haben. »

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



3.8.2006 Basler Zeitung:

Legt drauf und macht sie fertig!

Kaum hat man die Glatzköpfe in ihren Springerstiefeln erfolgreich vom Rütli fernhalten können, beginnt eine neue Spezies, ihr Unwesen zu treiben. Diesmal hat die SVP das Übel entdeckt. Es mag im 1.-August-Rummel etwas untergegangen sein. Aber ihr Präsident hat letzte Wochen unerschrocken angekündigt, wem es nun zu Leibe zu rücken gilt: «den Gutmenschen», die ihr «Unwesen treiben». Nun fragt man sich natürlich, welchem Unwesen die Gutmenschen frönen. Wir gehen nun mal davon aus, dass sie nicht prügeln, messerstechen und Abfall liegen lassen. Vermutlich gehen sie mit Gutem gemeingefährlich um. Stehen sie im Tram ständig auf, wenn Ältere reinkommen? Klar, doch das könnten ihnen selbst hartgesottene SVP-ler verzeihen. Aber eines nicht: Gutmenschen lehnen das verschärfte Asylgesetz ab. Im September ist Abstimmung, und solange muss sich als Gutmensch beschimpfen lassen, wer sich gegen das Gesetz ausspricht. Doch: Gutmenschen gibt es eigentlich gar nicht. «Gutmensch» ist ein Schimpfwort. Ein Schimpfwort für solche, die sich beharrlich für zentrale Werte des menschlichen Zusammenlebens wie Respekt, Anstand, Rücksicht aussprechen. Es gibt Leute, die das missionarisch tun, dass ihre Gegenüber resignieren: So ein schrecklicher Gutmensch! Wahrscheinlich war Jesus ein ausgekochtes Exemplar dieser Sorte mit seiner Nächstenliebe und all dem Zeugs. Zum schweizerischen Asylgesetz hat er sich zeitlebens nie geäußert, aber die Kirchen, die sein Wort weitertra-

gen, tun es. Der eine SVP-Mann im Bundesrat, der Pfarrsohn Blocher, ärgert sich darüber und bezichtigte sie letzte Woche in der Berner evangelisch-reformierten Zeitschrift «Saemann» glattwegs der Heuchelei. Dies, weil sie nur schönreden und nichts tun würden. Da hat er wohl vergessen, dass Kirchenvertreter schon vor Gericht gestanden sind, weil sie angeblich gesetzeswidrig Flüchtlinge versorgt haben. Herr Blocher hat es besser: Als Bundesrat wird er vor keinen Richter zitiert, auch wenn er einzelne Asylbewerber bewusst und wahrheitswidrig als Kriminelle bezeichnet. Gewisse Privilegien genießt er eben, schliesslich muss er als Landesvater auch ein bisschen Vorbild sein. Er ist es mit Erfolg: Sein Parteipräsident eiferte ihm umgehend nach. Er brauchte keine ganze Woche, um den «heuchlerischen» Kirchen die «ihr Unwesen treibenden Gutmenschen» nachzuschieben. In Fahrt gekommen, haute er grad noch den «Hilfswerkern» eins auf die Mütze. Die Vorbilder sind gegeben, das Fussvolk hat bis zur Abstimmung sieben Wochen Zeit, um noch gehörig draufzulegen. Hauptsache, man macht sie fertig, die Gutmenschen.

urs.buess@baz.ch

Heuchlerische Kirchen, Gutmenschen und Hilfswerker – freie Bahn fürs Fussvolk, noch einen draufzulegen.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



3.8.2006 AP: **Evangelischer Frauenbund gegen Asyl- und Ausländergesetz.** Der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS) ist gegen das revidierte Asyl- und Ausländergesetz. Es sei menschenunwürdig, Personen ohne Papiere das Asylverfahren zu verweigern, hätten doch gerade Verfolgte keine Papiere, teilte die Organisation mit. Es sei zudem ungerecht, da jeder Kanton nach eigenen Richtlinien entscheide. Das Ausländergesetz sei frauenfeindlich und diskriminierend. Denn Gewaltopfer würden ungenügend geschützt und doppelt bestraft.

4.8.2006 Tages-Anzeiger: **St. Galler Regierung lässt ihre Justizdirektorin im Regen stehen.** Die Mehrheit der St Galler Regierung ist gegen das neue Asylgesetz. (...) Sie gehört zu den eifrigsten Verfechterinnen des neuen Asylgesetzes: die St Galler FDP-Regierungsrätin Karin Keller Sutter. Mehrfach trat sie an Bundesrat Blochers Seite auf - letztmals Ende Juni, als er seinen Abstimmungskampf eröffnete. Die Justizdirektorin sagt dazu: «Ich will meine Erfahrungen und mein Fachwissen in die Kampagne einbringen.» Bloss: Ausgerechnet dort, wo Keller Sutter für die asylpolitische Praxis zuständig ist, scheint man ihren Erfahrungen und ihrem Fachwissen nicht zu trauen, nämlich im Kanton St Gallen. Jedenfalls findet sie nicht einmal in ihrer nächsten Umgebung – im St Galler Regierungsrat - mit ihrem Werben fürs neue Gesetz Gehör. In der siebenköpfigen Regierung, die sich in der Regel nicht dem Verdacht linker Gesinnung aussetzt, spricht sich eine Mehrheit gegen das Gesetz aus. Neben den beiden Sozialdemokratinnen Kathrin Hilber und Heidi Hanselmann gehören auch Finanzdirektor Peter Schönenberger (CVP) und Erziehungsdirektor Hans Ulrich Stöckling (FDP) zu den Gegnern. Die beiden Magistraten sind dem bürgerlichen Nein-Komitee von Ex-Swisscom-Präsident Markus Rauh beigetreten. (...)

Laut Schönenberger sind es ethische, rechtliche und parteipolitische Gründe, die ihn zum Komiteebeitritt veranlasst haben. Dass auf Gesuche von Flüchtlingen ohne Identitätspapiere nicht mehr eingetreten werden soll, findet der Finanzdirektor «absurd» - so absurd wie das neue Haftregime. «Die Schweiz hat Ende des 19. Jahrhunderts die Beugehaft zu Recht abgeschafft - jetzt führt sie diese im 21. Jahrhundert wieder ein.» Hinzu komme: «Die CVP Schweiz, also meine Partei, hat sich früher klar von der SVP abgegrenzt und zum Beispiel 2002 zusammen mit FDP und SP erfolgreich die SVP Asyl-Initiative bekämpft», so Schönenberger. «Jetzt steht sie hinter einer Vorlage, die noch schlimmer ist als die Asyl-Initiative.» Mit seinem Engagement in Rauhs Komitee wolle er ein Zeichen setzen, dass sich die CVP nicht bei der SVP anbiedern dürfe. «Meiner Ansicht nach sollte eine Partei, die sich auf christliche und sozialliberale Werte beruft, ein solches Gesetz nicht unterstützen.»

8.8.2006, Sonntagsblick: **Neues Asylgesetz: Wir sagen NEIN.**

Das wird im Abstimmungskampf noch zu reden geben: Mehr als 700 Schriftsteller, Schauspieler, Filmemacher, Musiker und Maler erheben Ihre Stimme gegen das verschärfte Asylgesetz. (...) Mehr als 700 Kulturschaffende haben ein Manifest gegen das verschärfte Asylgesetz unterschrieben, darunter die Crème de la crème, die sich sonst nur selten äussert. (...) „Eine so breite Koalition hat es seit ewigen Zeiten nicht mehr gegeben“, sagt Andy Bühler (62) stolz. Er besitzt im Bündnerland eine Kommunikationsagentur und kam zusammen mit SP-Präsident Hans Jürg Fehr (57) auf die Idee, die sie gemeinsam umsetzten. Die SP trägt einen grossen Teil der Kosten von 150'000 Franken, bleibt bei der Kampagne aber im Hintergrund.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



Politisches Engagement von Kulturschaffenden gab es in diesem Umfang seit Jahrzehnten nicht mehr. Warum aber jetzt? „Hier fühle ich mich dazu verpflichtet“, sagt Schriftsteller Charles Lewinsky, der sich sonst nicht politisch äussert. „Gerade als Jude ist mir von der Geschichte her klar, wie lebenswichtig im wahrsten Sinne des Wortes eine liberale Asylgesetzgebung für bedrohte Menschen ist“. Kabarettist Franz Hohler warnt: „Jetzt geht es um die Frage, ob die Schweiz in Zukunft eine Festung oder ein menschenfreundliches Land ist.“ Für Hohler ist klar: Dieses Gesetz ist „unwürdig, rückwärtsgewandt und schockierend“. Gleicher Meinung ist der Kulturunternehmer und damalige Expo.02-Direktor Martin Heller (53). Er findet es gut, dass sich Kulturschaffende nicht zu allem Möglichen äussern: „Das muss den ganz wichtigen Fragen vorbehalten sein.“ Genauso sieht es Architekt Jacques Herzog von Herzog & de Meuron: „Diese Verschärfungen wären ein ganz schlechtes Zeichen der Schweiz nach aussen.“ (...) Bis zur Abstimmung am 24 September soll das Manifest als Inserat und Flugblatt im ganzen Land erscheinen. Zudem werden zwei der grossen Carl-Bucher-Skulpturen „Versteinerte“ durch die Schweiz fahren und in verschiedenen Orten halt machen. Und in 30 Städten wird der Dokumentarfilm „Ausgeschafft“ von Irene Marty gezeigt.

«Es geht um humanitäre Werte der Schweiz»

INTERVIEW Schriftsteller Hugo Loetscher über sein Engagement.

Herr Loetscher, warum machen Sie beim Manifest gegen das Asylgesetz mit?

Weil dieses Gesetz unserer humanitären Tradition diametral entgegensteht. Mit ihr sollten wir sorgfältig umgehen, besonders wenn wir an unser Verhalten während des Zweiten Weltkriegs denken. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit in der Zukunft nicht wiederholen.

Was ist für Sie das Hauptargument gegen das verschärfte Gesetz?

Dass willkürlich Menschen zurückgeschickt würden, ohne dass genau abgeklärt wird, wer warum verfolgt ist.

Wann engagieren Sie sich jeweils politisch?

Wenn es um zentrale Fragen geht, um die Zukunft unseres Landes, um humanitäre Werte oder um die Öffnung gegenüber der Uno oder Europa.

Können Kulturschaffende die Abstimmung beeinflussen?

Wenn ich das wüsste! Sicher ist es ein Moment, ein wichtiges Moment. Aber natürlich horchen nicht alle auf, wenn ein Dichter aufschreit.

Sollten sich Schriftsteller nicht häufiger äussern?

Wenn ein Autor jede Woche protestiert, dann verhallt seine Stimme schnell einmal. Wenn er aber nur zu wesentlichen Fragen Stellung nimmt, dann hat das Gewicht.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



Veranstaltungshinweise (nur ausgewählte und überregionale Anlässe)

Reggae-Party am 18. August in Bern:



24.8.2006: Veranstaltung in Zürich mit Ruth Dreifuss, Präsidentin des Komitees 2x NEIN: 24. August 2006, 15.00 Uhr, Kirchgemeindehaus St. Jakob, Stauffacherstr. 8-10, Zürich.

Wir freuen uns sehr, Sie zahlreich begrüßen zu dürfen und laden Sie danach gerne zu Kaffee und Gebäck ein. Eine gemeinsame Veranstaltung der SP AG Alter, Juso Kanton Zürich, Gewerkschaft Unia

MIGRANTINNEN UNTERWEGS FÜR EINE SOLDARISCHE SCHWEIZ. Am ersten September startet ein Marsch von St. Gallen bis Bern. Dieser Zug wird von einer Kerngruppe von einigen Wanderern geführt. In neun Städten werden wir festliche Veranstaltungen organisieren. Auf jeder Strecke werden wir von weiteren Solidaritätswanderern und VelofahrerInnen begleitet. Jeden Morgen um 9 Uhr treffen uns am Übernachtungsort mit unseren Wegbegleitern am Hauptbahnhof des Ortes und starten für die nächste Strecke. Am Zielort werden wir von den Unterstützenden empfangen und lokale Veranstaltungen finden statt: Diskussionen mit prominenten Leuten, ein Abendmahl, Musik, kleine Feste und ein Film... Familien, Kinder, Bekannte, Haustiere, und alle solidarischen Menschen sind herzlich eingeladen.

Für diesem Marsch brauchen wir noch Unterstützung:

- mehr medizinische Versorgung.
- Getränke und Picknickwaren,
- Gute Stimmen und sämtliche Musikinstrumente aus aller Welt.
- aktives mit dabei sein.

Informationen und Daten für Vorbereitungstreffen und Veranstaltungen unterwegs sind zu finden unter <http://www.2xnein-marsch.ch/> / info@2XNein-Marsch.ch
Oder bei: MISKutüschVereinlokal, Limmatstrsse 206 - 8005 Zürich. 043 / 960 31 25.

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch



Weitere Vorschläge, Tips, Informationen, Angebote?

Gerne nehmen wir eure Ideen entgegen, um sie allen wieder für eine farbenfrohe, lebenslustige und schlagkräftige Kampagne gegen die beiden Vorlagen zur Verfügung zu stellen.

Bestellt das aktuelle Argumentarium gegen die beiden Vorlagen!

Informiert euch über die website www.doppelreferendum.ch

Schickt eure Beiträge und Bestellungen an info@doppelreferendum.ch

Vielen Dank, solidarische Grüsse und viel Energie.

Für das Abstimmungskomitee 2x NEIN zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)
Christian Stamm und Roland Brunner

Am 24. September: 2x NEIN zum Ausländer- und zum Asylgesetz

Komitee 2x Nein zu Behördenwillkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG)

Waisenhausplatz 21, 3011 Bern

Tel. 031 312 66 60 – info@doppelreferendum.ch – www.doppelreferendum.ch

